

## Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 26.03.2025

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:02 Uhr
<b>Ende:</b>	18:08 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Sitzungsleiter/in:</b>	Herr Panse
<b>Schriftführer/in:</b>	

### Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Genehmigung der Niederschrift	
4.1.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sit- zung vom 19.02.2025	<b>0728/25</b>
5.	Behandlung von Anfragen	

- |        |   |                |
|--------|---|----------------|
| 5.1.   | Bestand und Nutzung baureifer, unbebauter Grundstücke in Erfurt<br>Fragesteller: Fraktion AfD, Herr Schlösser<br>BE: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligung und Theater                                  | <b>0183/25</b> |
| 6.     | Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates  |                |
| 6.1.   | Verfahren zu den Haushaltssperren nach § 28 Abs. 2 ThürGemHV<br>BE: Vertreter der Fraktion Die Linke<br>hinzugezogen:<br>Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater                            | <b>0296/25</b> |
| 6.1.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0296/25 - Verfahren zu den Haushaltssperren nach § 28 Abs. 2 ThürGemHV  | <b>0446/25</b> |
| 6.2.   | Feststellung der Jahresrechnung 2023<br>BE: Leiter des Rechnungsprüfungsamtes   | <b>0322/25</b> |
| 6.3.   | Entlastungsbeschluss für das Haushaltsjahr 2023<br>BE: Leiter des Rechnungsprüfungsamtes  | <b>0323/25</b> |
| 6.4.   | Gerechte und faire Grundsteuererhebung in Erfurt<br>BE: Vertreter der Fraktion Die Linke<br>hinzugezogen:<br>Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater  | <b>0444/25</b> |
| 6.5.   | Transparenz in Vergabeverfahren<br>BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<br>hinzugezogen:<br>Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater   | <b>0532/25</b> |
| 6.6.   | Städtischer Zuschuss an DOitNau<br>BE: Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN, Fraktion Die Linke, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<br>hinzugezogen:<br>Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater | <b>0540/25</b> |
| 7.     | Festlegungen des Ausschusses  |                |
| 7.1.   | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des FLRV vom 19.02.2025 zum TOP 7.1 - Drucksache 0205/25 - Anmietung von Räumlichkeiten in der Defensionskaserne (POP-UP-MUSEUM)                                  | <b>0571/25</b> |

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und  
Welterbe

- 8. Informationen
- 8.1. Informationen zur Haushaltsdurchführung 2025 **2519/24**  
BE: Leiterin der Stadtkämmerei
- 8.2. Mündliche Informationen
- 8.3. Sonstige Informationen

## I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-  
Nummer

### 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende Herr Panse eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung waren 10 Mitglieder anwesend.

### 2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende erfragte Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN informierte den Ausschuss darüber, dass der Antrag 0540/25 - Städtischer Zuschuss an DOitNau, durch den Antragsteller Fraktion zurückgezogen wurde.

Da keine weiteren Änderungswünsche vorlagen oder gemeldet wurden, wurde entsprechend der geänderten Tagesordnung verfahren.

### 3. Dringliche Angelegenheiten

### 4. Genehmigung der Niederschrift

#### 4.1. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 19.02.2025

0728/25

genehmigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

### 5. Behandlung von Anfragen

#### 5.1. Bestand und Nutzung baureifer, unbebauter Grundstücke in Erfurt Fragesteller: Fraktion AfD, Herr Schlösser BE: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligung und Theater

0183/25

Herr Schlösser, Fraktion AfD hatte Rückfragen zur Stellungnahme zur Drucksache und erfragte die Anzahl und Größe der Grundstücke, bzw. das Vorhandensein einer Statistik.

Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Beteiligung und Theater erwähnte das Recht der kommunalen Selbstverwaltung. Des Weiteren verwies er auf eine bereits vorhandene Auswertung zur prozentualen Verteilung der unbebauten Grundstücke in der Grundsteuer B, welche sich in Höhe von 6 % auf die KoWo, Stadtverwaltung Erfurt und WBG verteilen. Insgesamt sind jedoch 10 % zur Einführung einer Grundsteuer C erforderlich. Herr Linnert bat

die Drucksache 0697/25 - Einführung der Grundsteuer C als Grundlage für weitere Anfragen zu nehmen.

**zur Kenntnis genommen**

## **6. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates**

### **6.1. Verfahren zu den Haushaltssperren nach § 28 Abs. 2 Thür- 0296/25 GemHV**

**BE: Vertreter der Fraktion Die Linke**

**hinzugezogen:**

**Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater**

Der Ausschussvorsitzende schlug vor die Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.1.1, auf Grund thematischer Zusammenhänge zusammen zu beraten. Es gab keine Einwände seitens der Ausschussmitglieder.

Zur Drucksache 0296/25 lag ein Antrag (Drucksache 0446/25) der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNE vor, welcher die Ursprungsdrucksache ersetzte.

Frau Held, Fraktion Die Linke stellte Nachfragen zum Antrag zur Drucksache 0446/25 von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Herr Panse, Fraktion CDU erklärte kurz, dass der Oberbürgermeister im Wortlaut der Drucksache beauftragt werden soll, sämtliche betroffenen Akteure über die Bewirtschaftungs- und Haushaltssperren zu informieren.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN erläuterte den Grund des Antrages damit, dass die Fraktion die Auffassung vertrat, dass es aktuell unpassend wäre die Bewirtschaftungssperren durch Haushaltssperren zu ersetzen, da diese schwerer und nur durch ein Gremium aufzuheben sind und somit die Akteure schneller reagieren können.

Herr Panse, Fraktion CDU befand es als kontrovers, wenn künftig die Haushaltssperren nicht vom Oberbürgermeister bzw. Finanzbeigeordneten laut Geschäftsordnung verhängt würden, sondern vom Finanzausschuss bzw. Stadtrat. Herr Panse führte weiter aus, den Sinn der Sperren, bzw. terminliche Faktoren zu berücksichtigen.

Des Weiteren erklärt Herr Panse, dass die Fraktion CDU sich gegen Punkt 1 der Ursprungsdrucksache ausspricht. Über die verbliebenen Bewirtschaftungssperren werde Herr Linnert weiter informieren.

Herr Linnert beantwortete die Aussage insoweit, dass diese Bewirtschaftungssperren nicht endgültig sind, sobald die geforderten Kriterien erfüllt wurden, werden die Gelder ausgezahlt.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vertrat die Ansicht, dass das Verfahren einer Änderung bedarf, da hier dringender Handlungsbedarf bestünde. Die externen Akteure müssen über die Sperre und das weitere Verfahren informiert werden.

Herr Linnert verwies auf das bekannte Verfahren, Anträge müssen gestellt werden, damit die Verwaltung alles Weitere veranlassen könne.

## Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag

- 6.1.1.      **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 0296/25 - Verfahren zu den Haushaltssperren nach § 28 Abs. 2 ThürGemHV**      **0446/25**

Der Ausschussvorsitzende bat um Abstimmung zum Änderungsantrag zur Drucksache 0446/25:

**bestätigt Ja 4 Nein 3 Enthaltung 4 Befangen 0**

Der Änderungsantrag hat eine Mehrheit gefunden, die Abstimmung in Drucksache 0296/25 entfällt.

- 6.2.            **Feststellung der Jahresrechnung 2023**      **0322/25**  
**BE: Leiter des Rechnungsprüfungsamtes**

Herr Frank, der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes erhielt das Wort und erläuterte kurz den vorliegenden Bericht. Hierbei ging er auf drei Themen gesondert ein:

- geprüftes Zahlenwerk: 930 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt, 147 Mio. Euro im Vermögenshaushalt, 97 Mio. Euro Zuführung im Verwaltungshaushalt, Rücklagenbestände konnten aufgefüllt werden, 16,3 Mio. Euro in die allgemeine Rücklage (mehr als Mindestrücklage), 27,1 Mio. Euro in Finanzausgleichsrücklage, Verschuldung im Kernhaushalt 65,1 Mio. Euro, Gegenproben gehen auf, Bestandsverprobung ist in Ordnung,
- tatsächliche Inanspruchnahme der Ausgabeermächtigung für Bauinvestitionsmaßnahmen: 142 Mio. Euro Ausgabeermächtigung zur Verfügung, Zusammensetzung aus 84 Mio. Euro Planansatz im Nachtragshaushalt, 58 Mio. Euro Haushaltsausgabereste, 61,5 Mio. Euro wurden genutzt (das entspricht weniger als 50 %), Gründe hierfür: nicht rechtzeitig zur Verfügung stehende Zuwendungen, hohe Auftragsquoten der Firmen, Fachkräftemangel und Personalmangel, ein sehr komplexes Vergabeverfahren, unrealistische Einschätzungen der Kassenwirksamkeit bei der Aufstellung des Haushaltsplanes,
- Tax Compliance Management: von Bürgern wird die korrekte Befolgung des Steuerrechts erwartet, systematische Vorgehensweise notwendig, Ziele formulieren und danach handeln.

Anschließend nutzte Herr Frank seinen Redebeitrag, um Verbesserungsvorschläge an den Ausschuss heranzutragen. Er empfiehlt die Einführung des Tax Compliance Management Systems und eine künftige halbjährliche Berichterstattung. Abschließend bedankt er sich bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Erfurt und den Mitgliedern des Ausschusses für die gute Zusammenarbeit.

Der Beigeordnete befürwortete den Vorschlag des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes zum Tax Compliance Management, empfiehlt aber einen jährlichen Bericht, um den Arbeitsaufwand geringer zu halten.

Herr Panse, Fraktion CDU stimmt den Vorschlägen vom Rechnungsprüfungsamt zu.

Herr Flamma, Fraktion Die Linke erfragt die fehlende Erwähnung der Korruptionsvermeidung und Vorschläge zur Prävention.

Herr Linnert erklärte, dass der Antikorruptionsbeauftragte einen jährlichen Bericht dem Oberbürgermeister vorlegt.

Herr Flamma erfragte die Möglichkeit der Einsichtnahme in den Bericht des Antikorruptionsbeauftragten.

Drucksache 0929/25	Der Ausschuss wünscht bis zum Ende des III. Quartals 2025 ein Grundsatzbeschluss zur Einrichtung eines <i>Tax Compliance Management Systems</i> (TCMS) vorzubereiten und dem Stadtrat zu Beschlussfassung vorzulegen. Künftig wird einmal jährlich im FLRV ein Bericht zum <i>Tax Compliance Management</i> erbeten.
Drucksache 0930/25	Der Ausschuss bat um die Prüfung, ob der jährliche Bericht des Antikorruptionsbeauftragten dem Ausschuss (bei Bedarf in der nicht öffentlichen Sitzung) vorgelegt werden kann.

Der Ausschussvorsitzende bat um Abstimmung.

**bestätigt Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

**6.3. Entlastungsbeschluss für das Haushaltsjahr 2023 0323/25**  
**BE: Leiter des Rechnungsprüfungsamtes**

Der Ausschussvorsitzende wies daraufhin, dass der Beigeordnete für Finanzen, Beteiligung und Theater von der Beratung und Abstimmung über seine eigene Entlastung ausgeschlossen ist.

Es bestand kein Beratungsbedarf.

Der Ausschussvorsitzende bat zur Abstimmung.

**bestätigt Ja 6 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 1**

**6.4. Gerechte und faire Grundsteuererhebung in Erfurt 0444/25**  
**BE: Vertreter der Fraktion Die Linke**  
**hinzugezogen:**  
**Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater**

Frau Held, Fraktion Die Linke hatte Nachfragen zur Stellungnahme und sprach sich nochmal für den Antrag aus.

Herr Linnert erläuterte die unterschiedlichen Gewerbesteuersätze in den umliegenden Landkreisen und welche Personen von einer Reform betroffen wären.

Herr Panse, Herr Rechenbach und Herr Dr. Weißkopf, Fraktion CDU teilten mit, dass die Fraktion sich gegen den Antrag aussprechen wird.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN beantragte eine Einzelabstimmung.

Herr Schuster, sachkundiger Bürger befürwortet den Antrag.

Durch Herrn Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, wurde der mündliche Antrag gestellt, über die Beschlussvorlage mittels Einzelabstimmung zu votieren. Der Ausschussvorsitzende bat sodann die Ausschussmitglieder über den mündlichen Antrag von Herrn

Robeck abzustimmen. Mit nachstehenden Ergebnis entschieden sich die Ausschussmitglieder für die Vorgehensweise der Einzelabstimmung:

Abstimmungsergebnis Einzelabstimmung:

**Ja 6 Nein 5 Enthaltung 1 Befangen 0**

01

*Der Stadtrat Erfurt fordert die Thüringer Landesregierung und den Thüringer Landtag auf, entsprechend der eigenen Ankündigung eine landesrechtliche Regelung für die Novellierung der unterschiedlichen Belastungen infolge der Grundsteuerreform zwischen Wohn- und Nichtwohngrundstücken noch für 2025 zu beschließen. Die Thüringer Lösung sollte sich dabei an den landesrechtlichen Regelungen im Saarland, Sachsen und/oder Nordrhein-Westfalen (NRW) orientieren. Das NRW-Modell mit differenzierten Hebesätzen für Wohn- und Nichtwohngrundstücken sollte auch für Thüringen erwogen werden.*

**bestätigt Ja 6 Nein 5 Enthaltung 1 Befangen 0**

02

*Dem Oberbürgermeister wird in Anwendung der Abgabenordnung aufgefordert, in begründeten Härtefällen die Grundsteuer für 2025 teilweise oder vollständig zu stunden, bis die geforderte neue landesrechtliche Regelung nach Beschlusspunkt 01 in Kraft tritt.*

**abgelehnt Ja 2 Nein 5 Enthaltung 5 Befangen 0**

03

*Sollte die in Beschlusspunkt 01 geforderte landesrechtliche Regelung bis 31.10.2025 nicht in Kraft treten, hat der Oberbürgermeister im Entwurf der Haushaltssatzung 2026/27 eine Reduzierung der Hebesätze bei der Grundsteuer B um 15 Hebesatzpunkten bei gleichzeitiger Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer um zehn Hebesatzpunkten aufzunehmen.*

**abgelehnt Ja 2 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 0**

**bestätigt mit Änderungen**

**Beschlussvorschlag**

**Einzelabstimmung**

01

*Der Stadtrat Erfurt fordert die Thüringer Landesregierung und den Thüringer Landtag auf, entsprechend der eigenen Ankündigung eine landesrechtliche Regelung für die Novellierung der unterschiedlichen Belastungen infolge der Grundsteuerreform zwischen Wohn- und Nichtwohngrundstücken noch für 2025 zu beschließen. Die Thüringer Lösung sollte sich dabei an den landesrechtlichen Regelungen im Saarland, Sachsen und/oder Nordrhein-Westfalen (NRW) orientieren. Das NRW-Modell mit differenzierten Hebesätzen für Wohn- und Nichtwohngrundstücken sollte auch für Thüringen erwogen werden.*

**bestätigt Ja 6 Nein 5 Enthaltung 1 Befangen 0**

02

*Dem Oberbürgermeister wird in Anwendung der Abgabenordnung aufgefordert, in begründeten Härtefällen die Grundsteuer für 2025 teilweise oder vollständig zu stunden, bis die geforderte neue landesrechtliche Regelung nach Beschlusspunkt 01 in Kraft tritt.*



## 7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des FLRV vom 19.02.2025 zum TOP 7.1 - Drucksache 0205/25 - Anmietung von Räumlichkeiten in der Defensionskaserne (POP-UP-MUSEUM) 0571/25  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welt-  
erbe

Es bestand kein Beratungsbedarf.

zur Kenntnis genommen

## 8. Informationen

- 8.1. Informationen zur Haushaltsdurchführung 2025 2519/24  
BE: Leiterin der Stadtkämmerei

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bedankte sich für die Form der Darstellung und befürwortet eine Weiterführung der Berichterstattung.

zur Kenntnis genommen

## 8.2. Mündliche Informationen

Es lag kein Antrag vor.

## 8.3. Sonstige Informationen

Herr Linnert informierte den Ausschuss darüber, dass der Nachtragshaushalt dem Landesverwaltungsamt zugegangen ist und geprüft wird.

gez. Panse  
Vorsitzender

gez.   
Schriftführer/in